



Niederschrift

Umwelt- und Agrarausschuss

20. Wahlperiode – 15. Sitzung

am Donnerstag, dem 31. August 2023, 13 Uhr,
in den Räumen der Landwirtschaftskammer
Grüner Kamp 15-17, 24768 Rendsburg

Anwesende Abgeordnete

Heiner Rickers (CDU), Vorsitzender
Rixa Kleinschmit (CDU)
Cornelia Schmachtenberg (CDU)
Sönke Siebke (CDU)
Manfred Uekermann (CDU)
Silke Backsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sandra Redmann (SPD)
Oliver Kumbartzky (FDP)
Christian Dirschauer (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Thomas Hölck (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | | Seite |
|----------------------|---|--------------|
| 1. | Bericht des MLLEV über die Vorfälle in einem Schweinemastbetrieb in Großharrie | 4 |
| 2. | Gespräch mit | 7 |
| | Landwirtschaftskammer | 7 |
| | - Ute Volquardsen, Präsidentin - Dr. Klaus Drescher, Geschäftsführer | |
| | Bauernverband | 7 |
| | - Klaus-Peter Lucht, Präsident - Ludwig Hirschberg, erster Vizepräsident - Stephan Gersteuer, Generalsekretär - Michael Müller-Ruchholtz, stv. Generalsekretär | |
| | Rinderzucht Schleswig-Holstein e.G. | 7 |
| | - Olaf Weick, Geschäftsführer, Abteilungsleiter Finanz- und Rechnungswesen, Verwaltung, Personal - Dr. Heiner Kahle, Geschäftsführer für die Arbeitsgemeinschaft der Tierzuchtverbände in Schleswig-Holstein, Abteilungsleiter Viehvermarktung/Marketing | |
| | Pferdestammbuch Schleswig-Holstein/Hamburg | 7 |
| | - Dr. Elisabeth Jensen, Geschäftsführung und Zuchtleitung | |
| | Holsteiner Verband | 7 |
| | - Götz Hartmann, Assistent der Zuchtleitung Holsteiner Verband | |
| 3. | Verschiedenes | 21 |

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, eröffnet die Sitzung um 13:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht des MLLEV über die Vorfälle in einem Schweinemastbetrieb in Großharrie

Herr Schwarz, Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, legt dar, gegenüber der Presseberichterstattung gebe es nicht viel Neues zu berichten. Für ihn als Tierhalter sei unvorstellbar, was in den Ställen passiert sein müsse. Tierhalter seien für ihre Tiere 24 Stunden und sieben Tage lang verantwortlich.

Das Tierschutzreferat im Ministerium sei vom Veterinäramt in Plön – bei einer hohen Verschwiegenheitspflicht – frühzeitig eingebunden worden und habe den Vorgang unter Federführung des Kreisveterinäramtes in Plön eng begleiten können. Bevor der Vorfall in den Medien bekannt geworden sei, habe er, Minister Schwarz, die agrarpolitischen Sprecher telefonisch informiert; er halte es für wichtig, den Ausschuss über derartige Vorfälle angemessen frühzeitig zu informieren.

Zu dem Fall selbst gebe es aus heutiger Sicht nicht Neues. Es sollten circa 700 Tiere in drei Ställen verendet sein. Nach seinem Kenntnisstand seien die Ställe nunmehr ausgeräumt. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen würden fortgeführt. Diesen Ermittlungen wolle er nicht vorgehen.

Er stehe mit dem Landrat in Plön in Abstimmung. Vereinbart worden sei, sich nach Abschluss des Verfahrens zu überlegen, was getan werden könne, welche Hürden eingebaut werden könnten, dass derartige Vorfälle nach Möglichkeit nicht mehr passierten, auch wenn sie nicht gänzlich ausgeschlossen werden könnten.

Er weist auf die HIT-Datenbank hin. Bisher seien Schweinehalter verpflichtet gewesen, ihre Zugänge zu melden; seit 1. August 2023 seien auch die Abgänge zu melden. Hier gebe es – unabhängig von dem vorliegenden Vorfall – die Möglichkeit, ein Alarmsystem zu installieren.

Rechtliche, fachlich und soziale Kontrollen schienen versagt zu haben, wenn der Vorfall erst nach drei Jahren zufällig entdeckt worden sei. Umso wichtiger sei es, dass seit März 2023 die Position der Vertrauensperson für den Tierschutz mit Dr. Uwe Schaper habe wiederbesetzt werden können. Dieser habe ihm noch am heutigen Morgen mitgeteilt, dass es immer wieder erstaunliche Fälle in hoher Zahl gebe. Das zeige ihm, dass es richtig und wichtig sei, eine derartige Position zu haben.

Er rate allen, die bei derartigen Fällen nicht die Behörden einschalten wollten, ein niedrigschwelliges Angebot anzunehmen und Kontakt zum Tierschutzbeauftragten oder zu einer der Personen, die in dem neu aufgelegten Flyer „Hilfsangebote für Landwirtinnen und Landwirte in besonderen Lagen“ genannt seien, aufzunehmen. Dabei handele es sich um den Bauernverband Schleswig-Holstein, die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, das Sorgentelefon für landwirtschaftliche Familien, den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, die Landwirtschaftskammer, den LandFrauenverband und den Bundesverband deutscher Milchviehhalter. Die genannten Kontakte seien anonym und dafür gedacht, Rat einzuholen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Meldesystem über die Tierkörperverwertung ebenfalls Ausfälle oder Peak-Situationen registriere. Das habe im vorliegenden Fall nicht gegriffen, weil der Betrieb seine Schweinehaltung aufgegeben habe. – Minister Schwarz legt dar, die genannten Peaks lösten sofort ein Rechtsverfahren aus. Der große Vorteil bei den Hilfsangeboten, die er genannt habe, sei, dass diese Stellen nicht verpflichtet seien, Vorkommnisse einer öffentlichen Instanz zu melden, sondern vielmehr menschlich, seelisch und niederschwellig unterstützten, wobei eine Meldung an die zuständigen Behörden, sofern ein Fall weiter fortgeschritten sei, nicht auszuschließen sei.

Auf die Frage der Abgeordneten Kleinschmidt, ob es Anhaltspunkte dafür gebe, in welchem Wachstumsstadium sich die Schweine befunden hätten, antwortet Minister Schwarz, dass ihm das nicht bekannt sei.

Abgeordnete Schmachtenberg erkundigt sich nach möglichen Kontrollen bei der Abmeldung eines Betriebes. – Minister Schwarz antwortet, dass es bislang bei der Abmeldung eines Betriebes beim Veterinäramt oder bei der Tierseuchenkasse keine Endkontrolle gebe. Zu entde-

cken, dass ein Tierhalter seine Tiere nicht abgemeldet habe, sei schwierig, da es unterschiedliche Vermarktungswege bei der Tierhaltung gebe. Er verspreche sich durch die Änderung der Meldung bei der HIT-Datenbank eine Verbesserung der Situation.

Auf Fragen der Abgeordneten Redmann legt Minister Schwarz dar, die von ihm angesprochenen Organisationen stellten Kontakte zu Menschen her, die helfen könnten. Zum Teil handele es sich um psychologische Hilfsdienste, zum Teil, wenn es um Tierschutz gehe, um staatliche Institutionen. Ein Teil der landwirtschaftlichen Sozialversicherung habe beispielsweise einen Hilfsdienst, der Tierpflege gewährleiste. Der Tierschutzbeauftragte der Landesregierung schaue sich in der Regel die Situation vor Ort an und gebe Hinweise, deren Umsetzung er kontrolliere.

Abgeordneter Kock-Rohwer begrüßt, dass Tiere abgemeldet werden müssten. Er führt ebenfalls an, dass es im wirtschaftlichen Interesse eines Landwirtes liege, Tiere zu verkaufen, wenn ein Betrieb eingestellt werde. Geschehe dies nicht, stecke dahinter wahrscheinlich ein großes menschliches Drama.

Minister Schwarz geht auf eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Kock-Rohwer ein und gibt bekannt, dass im vorliegenden Fall der Zeitpunkt des Tiefpunkts der Schweinepreise und des Schweinestaus nicht mit dem Zeitpunkt der Vernachlässigung der Tiere übereinstimme.

Abgeordneter Siebke meint, der Vorfall stelle sämtliche Tierhalter unter Generalverdacht. Allerdings seien für ihn die nunmehr getroffenen Maßnahmen noch nicht weit genug gefasst. Es gebe weitere Instrumente, beispielsweise die Buchführung oder den Tierarzt, der in die Pflicht zu nehmen sei. – Minister Schwarz meint, vor der Ergreifung weiterer Maßnahmen sei zunächst das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abzuwarten.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass der Vorfall eine Tragödie und eine Katastrophe für das Gesamtsystem, auch die Außenwirkung der Landwirtschaft sei. Er weist darauf hin, dass im Pferde- und Rinderbereich jedes einzelne Tier und jede Bewegung der Tiere in einer Datenbank erfasst seien. Im Rahmen einer Gegenkontrolle müssten aufnehmende Betriebe, auch Schlachtbetriebe, den Bestand melden. Diesbezüglich sei bei den Schweinen noch Luft nach oben. Eine Kontrolle solle eigentlich auch durch Bestandsbesuche und die Verpflichtungen des Hoftierarztes so gewährleistet sein, wie Abgeordneter Siebke das beschrieben habe.

**2. Gespräch mit
Landwirtschaftskammer**

- Ute Volquardsen, Präsidentin
- Dr. Klaus Drescher, Geschäftsführer

Bauernverband

- Klaus-Peter Lucht, Präsident
- Ludwig Hirschberg, erster Vizepräsident
- Stephan Gersteuer, Generalsekretär
- Michael Müller-Ruchholtz, stv. Generalsekretär

Rinderzucht Schleswig-Holstein e.G.

- Olaf Weick, Geschäftsführer, Abteilungsleiter Finanz- und Rechnungswesen, Verwaltung, Personal
- Dr. Heiner Kahle, Geschäftsführer für die Arbeitsgemeinschaft der Tierzuchtverbände in Schleswig-Holstein, Abteilungsleiter Viehvermarktung/Marketing

Pferdestammbuch Schleswig-Holstein/Hamburg

- Dr. Elisabeth Jensen, Geschäftsführung und Zuchtleitung

Holsteiner Verband

- Götz Hartmann, Assistent der Zuchtleitung Holsteiner Verband

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der eingeladenen Verbände und legt dar, dass dieses Treffen sowohl dem Kennenlernen diene als auch dazu, die Probleme und Sorgen der Verbände zu hören und gegebenenfalls aufzunehmen.

Er teilt mit, dass der eingeladenene Trakehner Verband aufgrund einer Parallelveranstaltung nicht vertreten sei und seine Teilnahme entschuldige.

Herr Lucht, Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein, bezieht sich auf die Diskussion unter Tagesordnungspunkt 1 und meint, man müsse aufpassen, dass kein Generalverdacht für alle Tierhalter entstehe. Aus diesem Grunde werde gerade überlegt, ob es bei der Abmeldung eines Bestandes eine Endkontrolle durchzuführen sei. Dies sei eine Maßnahme, die vom privatwirtschaftlichen System durchgeführt werden könne. Er bezieht sich sodann auf den von Minister Schwarz unter Tagesordnungspunkt 1 genannten Flyer und appelliert, die Hilfsangebote anzunehmen.

Er begrüßt die Gespräche sowohl mit dem Ministerium als auch mit der Stiftung Naturschutz in den letzten Monaten. Dennoch komme man nicht so recht weiter. Er sei froh darüber, dass das Ministerium zu regionalen Konferenzen zum Thema Moorbewirtschaftung einlade. Kürzlich sei auch das Thema Milchproduktion in den Niederungen beleuchtet worden, was hilfreich gewesen sei. Die produzierende Landwirtschaft wolle durchaus Moorschutz. Bei einem Wasserstand von 20 Zentimeter unter der Grasnarbe könne immer noch gut gewirtschaftet werden.

Er bitte auch darum, das System des freiwilligen Landtausches insbesondere vor dem Hintergrund der Flächenkonkurrenzen in den Blick zu nehmen. Er halte es für wichtig, gemeinsam zu entscheiden, welche Flächen vernässt oder mit Fotovoltaik ausgestattet werden könnten. Notwendig seien Gemeinsamkeiten und nicht ein Gegeneinander. Daher bitte er auch darum, die Landgesellschaft wieder mit ins Boot zu holen. Diese könne bei den Landbewirtschaftern oder Landbesitzern möglicherweise mehr erreichen, als dies zurzeit der Fall sei.

Er führt aus, der Bauernverband spreche sich gegen die Schaffung eines Nationalparks Ostsee aus, weil das System, das dahinterstehe, nicht für sinnvoll gehalten werde. Es gebe große Sorge, dass bei Schaffung eines Nationalparkamtes, das zentralisiert arbeite, kein Zugriff mehr da sei. Es gehe seiner Ansicht nach vielmehr darum, einen Aktionsplan Ostsee zu entwickeln, um der Ostsee zu helfen. Das größte Problem sehe er im Thema Munitionsbergung.

In Schleswig-Holstein sei die Gülleverordnung eingeführt. Es gebe gute erste Ergebnisse bei den Messstellen. Die Messtechnik solle weiterentwickelt werden. Gerade auf der NORLA sei zu sehen, wie schnell sich diese weiterentwickele.

Eines der größten Probleme in der Landwirtschaft sei die Bürokratie. Er plädiere dafür, eine zentrale Stelle zu schaffen, von der aus Daten, die beispielsweise vom Bauernverband sowieso gesammelt würden, mit Erlaubnis der Landwirte anderen Kontrollsystemen zur Verfügung gestellt würden, um so das Kontrollsystem auf den Höfen zu verändern. In diesem Zusammenhang weist er auf die App Profil SH hin, das von einem Großteil der Landwirte angenommen werde und gegebenenfalls noch ausgeweitet werden könnte.

Er meint, die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein stehe auf dem Spiel. Das betreffe sowohl die konventionellen als auch die Biobetriebe. Auch im Rahmen der Bundespolitik müsse dafür gesorgt werden, dass es eine wettbewerbsfähige Tierhaltung gebe.

Er erwähnt in diesem Zusammenhang die Anbindung der Tierhaltung an die Weidefläche sowie kurative Eingriffe aus wirtschaftlichen Gründen. Notwendig sei eine Verbesserung der Stallsysteme. Leider habe der Bundeslandwirtschaftsminister dafür gesorgt, dass die Borchert-Kommission nicht mehr weiterarbeite.

Werde die regionale Landwirtschaft an die Wand gefahren, würden vermehrt Produkte aus dem Ausland importiert, und das vor dem Hintergrund auch der politischen Forderung von mehr Regionalität und kurzen Vermarktungswegen. Das sei geschehen, obwohl es in Deutschland die bestausgebildetsten Landwirte der Welt gebe, die Stallsysteme gut seien und die Landwirtschaft im Klimabereich führend sei.

Frau Volquardsen, Präsidentin der Landwirtschaftskammer, stellt im Folgenden intensiv die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein mit den vier Bereichen Fischerei, Gartenbau, Forst und Landwirtschaft vor.

Sie geht insbesondere auf den größten Außenstandort Futterkamp ein. Dort beginne in Kürze der Bau eines neuen Schweinestalls, der bereits in der letzten Legislaturperiode gefördert worden sei. Außerdem werde der Rinderstall renoviert und teilweise neu gebaut. Als weitere größere Standorte nennt sie die Molkerei in Malente, den Forstbereich sowie Ellerhoop. Sie gibt ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, dass Minister Schwarz nicht mehr an der Sitzung teilnehmen könne, und richtet folgende Bitten sowohl an die Landesregierung als auch an den Ausschuss.

Es gebe eine Zusage für ein Förderprojekt, bei dem es um viele Bäume, aber auch um Torf-reduzierung gehe, das wichtig für Ellerhoop, aber auch die ganze Baumschullandschaft sei. Die Förderung sei von 200.000 Euro pro Jahr auf 150.000 Euro pro Jahr gekürzt worden, obwohl der Förderbescheid – vor der Kürzung – bereits unterschriftsreif gewesen sei. Aus diesem Grund bittet sie zu überlegen, ob die Kürzung zurückgenommen werden könne.

Sie berichtet über einen Zuwendungsbescheid durch Minister Schrödter im Rahmen eines KI-Projektes. Dabei handele es sich um ein Verbundprojekt mit der CAU, der FH und der Landwirtschaftskammer. – Ein Gespräch mit Minister Goldschmidt in Futterkamp, für das sich der

Minister drei Stunden Zeit genommen habe, sei ihrer Ansicht nach durchaus erfolgreich gewesen. – In der nächsten Woche würden Minister Madsen und Dr. Habeck von der WTSH erwartet, die sich über das Stallprojekt im Rinderbereich informieren wollten.

Im Folgenden bezieht sie sich auf Projekte und teilt mit, viele seien auf zwei oder drei Jahre ausgelegt. Wolle man qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen, sei dies häufig ein zu kurzer Zeitraum. Für sinnvoller halte sie Fünfjahresprojekte. Ein Problem sei, dass, sofern ein Projekt verlängert werde, dies erst im November oder im Dezember bekannt werde. Dann sei es häufig zu spät, um die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten. Sie bitte daher, zu überlegen, ob es Möglichkeiten gebe, eine derartige Entscheidung früher zu treffen.

Zum Thema Landwirte von Not unterstützt sie die Ausführungen des Abgeordneten Siebke zu Tagesordnungspunkt 1. Auch nach ihrer Auffassung gebe es durchaus Lücken. Beispielhaft nennt sie Steuerberater und Veterinäre.

Sie spricht sodann das Klimaschutzkompetenzzentrum an, bei dem ihr noch nicht klar sei, wie es gefüllt werden solle, betont aber, dass die Landwirtschaftskammer zur Mitarbeit bereit sei.

Sie greift das bereits von Herrn Lucht genannte Thema Bürokratie auf. Ihr sei aus ihrem Beratungsbereich bekannt, dass er zum großen Teil damit befasst sei, bürokratische Dinge abzuarbeiten und damit kaum Beratung selbst durchführen könne. Sie schlage daher vor, sich auf verschiedensten Ebenen zu treffen und darüber zu beraten, welche bürokratischen Hürden abgeschafft werden könnten.

Sodann geht sie das Thema Zielvereinbarungen mit der Landwirtschaftskammer ein. Die Verhandlungen über die neuen Zielvereinbarungen stünden unmittelbar bevor. Sie betont, dass die Landwirtschaftskammer sehr viele Aufgaben zu erfüllen habe. Beim Abschluss der letzten Zielvereinbarung sei trotz der vielfältigen Aufgaben und der Teuerungen in vielen Bereichen, beispielsweise auch der Tarifierhöhungen, keine Erhöhung der Mittel an die Landwirtschaftskammer erfolgt.

Der Vorsitzende legt dar, dass der Ausschuss die Anregungen aufnehme, um Entscheidungen der Landesregierung zu hinterfragen, und weist darauf hin, dass der Landtag der Haushaltsgesetzgeber sei.

Er bittet sodann um einen kurzen Einblick in die Zahlensituation bei der Landwirtschaft.

Frau Volquardsen berichtet, insgesamt seien die Erträge und die Qualitäten schlecht gewesen. Ein Großteil der Getreideernte sei in die Biogasanlagen gegangen. Bei den Sommerungen sei viel noch nicht gedroschen worden. Die Strohbergung sei extrem schwierig gewesen. Der erste Schnitt der Grassilage sei gut gewesen, der zweite Schnitt sei wegen des vielen Regens quasi ausgefallen. Die Gerste habe in der Kornfüllphase nicht ganz so gelitten wie der Weizen und sei im Verhältnis recht gut gedroschen worden. Bei dem Raps sei die Ernte durchschnittlich. Auf dem Geestrücken sei er schlechter gedroschen worden, in der Marsch besser. Enttäuschend sei insbesondere der Weizen gewesen. Für die Westküste könne sie sagen, dass dies insbesondere für die Flächen gelte, auf denen es Gänse gegeben habe. Hinzu kämen die schlechten Witterungsbedingungen, insbesondere der Regen.

Die Schweinepreise, die zwischenzeitlich wieder etwas erhöht gewesen seien, seien wieder etwas gesunken. Die Getreidepreise seien insgesamt gesunken. Im Vergleich zu der Zeit vor Corona und dem Angriffskrieg auf die Ukraine liege der Preis geringfügig höher.

Herr Lucht ergänzt, beim Milchpreis gebe es derzeit eine stabile Lage. Hier sei man abhängig vom Weltmarktpreis. Schleswig-Holstein sei ein Milchpulverland und exportiere 75 Prozent des Milchpulvers innerhalb Europas. Im Binnenland leide man bei der Lebensmittelproduktion insbesondere an der hohen Inflation. Man habe zwar höhere Umsätze gemacht, aber weniger Menge abgesetzt. Das gelte für Bioprodukte genauso wie für konventionell erzeugte Produkte. Er hoffe, dass es möglich sei, Preise zu erzielen, die die Rentabilität sicherstellten, und habe Sorge, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft weitergehe und mit einem Abbau der Anzahl von Kühen einhergehe. Ein Abbau finde in der Regel immer bei einem Generationenwechsel statt.

Herr Hirschberg, erster Vizepräsident des Bauernverbandes, ergänzt, beim Ackerbau sei die Ernte nicht – wie 2018 – komplett weggebrochen, aber sie sei durchschnittlich schlecht. Zu

beachten sei, dass Landmaschinen extrem teuer geworden seien, auch bedingt durch Rohstoffpreise und Energiepreise. Dünger, Pflanzenschutzmittel, Diesel und Arbeitslöhne seien enorm gestiegen. Hinzu komme, dass in der Landwirtschaft kaum noch Arbeitskräfte zu gewinnen seien. In diesem Zusammenhang spricht er den Aufbau von Stellen in der Verwaltung an und hält es für notwendig, angesichts des demografischen Wandels eine Aufgabenkritik durchzuführen, um reale Wertschöpfung zu produzieren.

Er bezieht sich auf eine Frage der Abgeordneten Redmann zu Tagesordnungspunkt 1 und führt aus, dass, sofern Straftaten geschähen, diese anzuzeigen seien. Sofern schwierige Situationen für Landwirte entstünden, sei Ziel, bereits zu Beginn einzugreifen und entsprechende Hilfen anzubieten, ohne dass Sanktionen drohten. Überforderung auf den Betrieben komme auch aus einer Verwaltungsarbeit, die nicht delegiert werden könne. Auch wenn jemand anders einen Antrag stelle – beispielsweise ein Steuerberater –, müssten die entsprechenden Daten erfasst und zur Verfügung gestellt werden.

Herr Olaf Weick, Geschäftsführer der Rinderzucht Schleswig-Holstein eG, geht zunächst auf die Themen Bürokratie und Wertschätzung ein und unterstreicht die bisherigen Ausführungen des Bauernverbandes und der Landwirtschaftskammer.

In den letzten fünf Jahren seien die Besamungen bei den Milchkühen um 2 bis 5 Prozent zurückgegangen. Er gehe davon aus, dass absehbar der Rückgang der Besamungen auf über rund 5 Prozent ansteige.

Er geht auf das Projekt SVN-Optipro ein. Hier stehe man kurz vor Auslaufen des Projektes, und es sei noch nicht bekannt, ob es um ein Jahr verlängert werden könne.

Ein großes Problem sei der vom Bundeslandwirtschaftsminister beschlossene Wegfall der BLE-Fördermittel für die Nutztierhaltung. Das sei für Schleswig-Holstein eine Katastrophe. Diese Fördermittel gingen zu einem großen Teil an die Universitäten. Für Projektarbeit würden Nachwuchskräfte benötigt. Wenn diese Förderung wegfalle, könne der Umbau in der Tierhaltung nicht mehr durchgeführt werden, da Nachwuchskräfte fehlten.

Er weist ferner auf das Problem hin, dass es bei Tierschauen oder Auktionen in unterschiedlichen Kreisen oder Ländern unterschiedliche Durchführungsbestimmungen gebe.

Beim Thema Moorvernässung sei die Rinderzucht Schleswig-Holstein gesprächsbereit und bereit, unterstützend mitzuwirken. Es gebe züchterische Richtungen und Nutzierrassen, die in diesen Gebieten eingesetzt werden könnten.

Zum Thema Tiertransporte werde vom Bundesverband Rind und Schwein derzeit ein Tiertransportstandard erarbeitet, der sich derzeit in der Abstimmung befinde. Am Ende werde darüber auf dem Weg der Finanzierung und der Weitergabe der entstehenden höheren Kosten entschieden.

Herr Dr. Kahle, Abteilungsleiter Viehvermarktung/Marketing sowie Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Tierzuchtverbände Schleswig-Holstein, geht ebenfalls auf das Thema Bürokratie ein. Er beklagt, dass Auflagen in den einzelnen Kreisen durch unterschiedliche Behörden unterschiedlich interpretiert würden. Der Verweis auf die Zuständigkeit der Kreise helfe den Tierhaltern nicht weiter. Es bestehe durchaus die Gefahr, dass die Weidehaltung in bestimmten Kreisen nicht mehr möglich sei. Das betreffe nicht nur Rinder, sondern auch Schafe. In einigen Kreisen gebe es Auflagen, die seiner Auffassung nach weder fach- noch praxisgerecht noch angemessen seien, und zwar insbesondere im Hinblick auf Witterungsschutz und Scheren der Tiere. Das sei umso bedauerlicher, da es in Schleswig-Holstein gut funktionierende Institutionen gebe, die Handreichungen erarbeitet hätten. Er halte es für bedauerlich, dass die vom Runden Tisch Tierhaltung erarbeiteten Handreichungen insbesondere für die Schafhalter von einigen Behörden nicht akzeptiert würden.

Er kritisiert heftig die Beschlüsse auf Bundesebene, die im Rahmen der bisherigen Diskussion bereits angesprochen worden seien, sowie den Wegfall der Borchert-Kommission. Für schlimm halte er, dass das Förderprogramm für Tierzucht eingestellt werde. Hinsichtlich der Zuchtprogramme gebe es in Schleswig-Holstein derzeit eine sehr gute Kooperation und Infrastruktur. Es sei schade, wenn dies gestoppt werde. Die gesamte wissenschaftliche Basis breche weg.

Als klassisches Züchtungs- und Vermarktungsunternehmen sei auch eine Betriebsberatung aufgebaut worden, Optipro. Das sei ein Beratungsprogramm zur Vermeidung von Produktionskrankheiten. Er sei ein wenig enttäuscht darüber, dass in dem von Minister Schwarz unter Tagesordnungspunkt 1 genannten Flyer die Optipro-Betriebsberatung zur Vermeidung von

Betriebskrankheiten nicht mehr erwähnt sei. Auch sie sei ein frühzeitiges und niedrigschwelliges Hilfsangebot.

Die von Bundesebene veranlassten Maßnahmen seien insbesondere deshalb enttäuschend, weil die politischen Aussagen in genau die andere Richtung gingen. Da sei beispielsweise die Rede von dem Umbau in der Tierhaltung; die Grundlage dafür werde aber nicht geschaffen, sondern vielmehr weggerissen.

Der Vorsitzende führt an, die politische Ebene werde sich sicherlich des Themas Kreisveterinäre und unterschiedliche Auslegung von Bestimmungen annehmen, auch wenn dies nicht einfach sei.

Frau Dr. Jensen, Geschäftsführung und Zuchtleitung des Pferdestammbuchs Schleswig-Holstein/Hamburg, führt aus, die bisherigen Darlegungen hätten gezeigt, dass die Verbände gar nicht weit auseinander seien. Die Probleme – abgesehen von einigen fachlichen – näherten sich immer mehr an.

Die Pferdezüchter hätten sehr gute Jahre gehabt. Das Pferdestammbuch beschäftige sich eher mit den Pferden im Bereich des Breitensports und des Jugendsports, betreue aber auch vom Aussterben bedrohte Rassen. Alle Züchter hätten gut verkauft. Mitte der 90er-Jahre habe es einen Boom gegeben, der nun vorüber sei. Es gebe große Probleme, die nicht einfach gelöst werden könnten.

Eines der Probleme sei die Frage, welche Stellung Tiere in der Gesellschaft hätten.

Das Thema Wolf wolle sie nicht gesondert ansprechen, aber mitteilen, dass die ersten Pony-Züchter ihre Zucht aus diesem Grund aufgegeben hätten. Hier gingen Züchtungen verloren, auch wenn die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern deutlich mehr Probleme in diesem Bereich hätten.

Auch bei den Pferden gebe es das Problem der unterschiedlichen Auslegung der Bestimmungen in unterschiedlichen Kreisen und Bundesländern. Die unterschiedlichen Vorschriften auch bezüglich der Weidehaltung seien ein sehr großes Problem. Wenn die Hengstkörung nicht

mehr in Neumünster stattfindet, weil dies dort schwieriger durchzuführen sei als in einem Bundesland, sei dies gewissermaßen unsinnig; das mache den Tierschutz nicht besser.

Im Pferdebereich gebe es eine Initiative, um möglichen Problemen bei Haltungsbedingungen nachzugehen. Es seien Tierschutzvertrauenspersonen etabliert, die gegebenenfalls gemeinsam mit Tierärzten auf Betriebe führen, wenn es Auffälligkeiten gebe, um zu helfen, bevor das Kreisveterinäramt eingreife.

Das Problem der unterschiedlichen Haltungsbedingungen in unterschiedlichen Bundesländern gebe es auch bei anderen Tieren, beispielsweise Hunden oder Geflügelhaltern.

Ein weiterer Grund, aus dem Pferdezüchter zurzeit überlegten, aufzuhören, sei die neue bundesrechtliche Gebührenordnung für Tierärzte. Eine solche Regelung gebe es in anderen Mitgliedsstaaten nicht. Die neue Gebührenregelung habe Auswüchse, von denen sie nur einige Beispiele nennen wolle. Die Gebühren für die Kastration eines Hengstes seien um 200 bis 300 Prozent gestiegen. Das betreffe nicht nur Hengste, die hochpreisig seien, sondern auch die Masse der Pferde. Sei ein Pferd im Sinne des Tierzuchtrechts ein landwirtschaftliches Nutztier, im Sinne der Berufsgenossenschaft im Sinne der Tierärztegebührenordnung aber keines mehr, sei das eigentlich unsinnig. Es sei die Frage zu stellen, warum jemand, der eine Stute in einem landwirtschaftlichen Betrieb besamen lasse, keine Hausbesuchsgebühr zahlen müsse, die Einstellerin aber, die das gleiche mache und das Pferd im gleichen Betrieb stehen habe, eine Hausgebühr zahlen müsse. Als weiteres Beispiel führt sie an, dass Kolik-Operationen bei einem Pferd derzeit 11.000 bis 20.000 Euro kosteten. Das seien Kosten, die eine Tierhaltung für Privatpersonen unattraktiv machten.

Nach ihren Informationen betrage der Rückgang der Zahl der Besamungen bei den Holsteiner Pferden in diesem Jahr 25 Prozent.

Sie zeigt sich dankbar dafür, dass es Fördergelder für die Aufrechterhaltung für vom Aussterben bedrohten Tierrassen gebe. Die Fördergelder pro Stute betrügen etwa 200 Euro; dem stünden aber Tierarztkosten in größerer Höhe gegenüber.

Herr Hartmann, Assistent der Zuchtleitung des Holsteiner Verbandes, ergänzt, der Holsteiner Verband sei führend beim Springreiten. Damit werde für das Land Schleswig-Holstein weltweit

Werbung gemacht. Derzeit gebe es das bereits von Frau Dr. Jensen angesprochene Problem, dass die Anzahl der Deckungen zurückgegangen sei. Dies sei sicherlich zum Teil einen Generationenwechsel zuzuschreiben, aber auch der Überlegung, wie man die Kosten für eine tierärztliche Versorgung eines Fohlens sicherstellen könne.

Er gibt ferner zu bedenken, dass, wenn eine Zucht weggebrochen sei, sie nicht mehr aufgebaut werde. Wenn das Pferd aus der Kulturlandschaft Schleswig-Holstein verschwinde, sei dies nicht mehr aufzuhalten. Pferde seien ein großer Werbeträger und Bestandteil der Freizeitgestaltung.

Der Vorsitzende merkt an, dass in Schleswig-Holstein an den vorhandenen Pferden viele Arbeitsplätze hingen; der Wirtschaftsfaktor Pferd sei durchaus beachtlich.

Er schlägt vor, sich durch das Ministerium über die neue Gebührenordnung für Tierärzte berichten zu lassen, um zu überlegen, welche Möglichkeiten es gebe, künftig im Wettbewerb zu bestehen. In diesem Zusammenhang spricht er auch eine Monopolstellung eines Pferdezüchters an und befürchtet, dass Kultur, Wertschöpfung, Vielfalt in ländlichen Räumen künftig nicht mehr gewährleistet seien.

Abgeordneter Dirschauer geht auf den Konsultationsprozess zum geplanten Nationalpark Ostsee ein und fragt nach den größten Sorgen aus der Sicht der Landwirtschaft. Außerdem meint er, es gebe eine Art Schwarzer-Peter-Spiel, wonach Tourismus und Fischerei diesen der Landwirtschaft zuschöben.

Hinsichtlich verschärfter Auflagen bei der Tierhaltung in den Kreisen erkundigt er sich danach, ob es neben dem Kreis Segeberg, der ihm von den Schaf- und Rinderzüchtern genannt worden sei, weitere Kreise gebe, die auffällig seien.

Herr Hirschberg geht auf das Thema Nationalpark ein und vertritt die Auffassung, dass sich Politik um Sachthemen kümmern müsse. Es sei zu fragen, welches die Defizite in der Ostsee seien und wie man diese in den Griff bekomme und ob ein Nationalpark das richtige Mittel sei. Fragen danach, die immer wieder gestellt wurden, würden nicht beantwortet. Vielmehr werde eine emotionale Debatte geführt. Die Landwirtschaft stelle sich der Frage, welchen Anteil sie

an den Belastungen der Ostsee habe. Da, wo es in der Branche Defizite gebe, wolle die Landwirtschaft daran arbeiten und sie beseitigen. Werde über Einleitungen in die Ostsee gesprochen, sei zu sehen, dass es in Oberflächengewässern Einleitungen gebe. Ihn treffe es, wenn von Vertretern von Naturschutzverbänden gesagt werde, dass Dünger und Pflanzenschutzmittel von der Landwirtschaft in die Ostsee eingeleitet werde. Zu konstatieren sei aber, dass es in der Ostsee weder ein Dünge- noch ein Pflanzenschutzmittelproblem gebe. Deswegen sei es wichtig zu definieren, wo die konkreten Defizite seien und ob sie durch einen Nationalpark bekämpft werden könnten. Durch einen Nationalpark würden viele Mittel gebunden und viel reguliert. Er würde später vermutlich ausgebaut. Das habe man in der Vergangenheit oft genug erlebt.

Herr Lucht fügt hinzu, wenn von Einzelnen aus dem Bereich der Segler gesagt werde, das Problem sei die Landwirtschaft, nehme er das nicht so ernst, weil diese Aussage häufig auf Unwissenheit beruhe. Schauen man sich die Flusslandschaften in Schleswig-Holstein an, sei festzustellen, dass der größte Teil in die Nordsee und nicht in die Ostsee entwässert werde. Schleswig-Holstein sei im Übrigen nur ein kleiner Anlieger der Ostsee.

Zu sehen sei, dass zwar ein ergebnisoffener Dialog zur Errichtung eines Nationalparks Ostsee stattfinden solle, der zuständige Minister aber sage, dass sich am Grundsatz an einer Errichtung nichts ändern werde. Sei ein Nationalpark einmal eingerichtet und gebe es eine Verwaltung, werde sich diese weiterentwickeln. Das bedeute tendenziell eine Verschärfung. Für sinnvoller halte er die Entwicklung eines Prozesses wie etwa bei der Allianz für Gewässerschutz, wo gemeinsam entschieden werde, wo eingegriffen werde. Er stimme dem Fehmarnen Bürgermeister zu, dass zunächst einmal die Munition aus der Ostsee geborgen werden müsse, die eine große Gefahrenquelle darstelle.

Der Vorsitzende schlägt vor, sich über die Ergebnisse der Düngeverordnung berichten zu lassen.

Abgeordnete Backsen betont, dass man sich bezüglich der Einrichtung eines möglichen Nationalparks Ostsee in einem offenen Prozess befinde. Sofern davon die Rede sei, mögliche Nutzungskonflikte darzustellen, sei ein Gespräch schwierig zu führen, wenn sich eine Seite grundsätzlich dagegen ausspreche. Deutlich sei, dass die Ostsee ein Nährstoffproblem habe, das anzugehen sei. Sie plädiert dafür, gesprächsbereit zu sein und zu überlegen, wie man

zueinanderkomme. Sie habe manchmal das Gefühl, dass es sich um eine Schwarzweißdebatte handle, in der jeder den Finger auf den anderen zeige, wobei klar sei, dass jeder einen Beitrag leisten müsse.

Herr Lucht bekräftigt, der Bauernverband verschließe sich Gesprächen nicht. So sei er beispielsweise offen für ein Aktionsbündnis, das er für richtig halte. Das Instrument eines Nationalparks jedoch halte er nicht für das richtige.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Dirschauer legt Herr Dr. Kahle dar, im Augenblick stehe bei besonders restriktiven Vorschriften für die Tierhaltung der Kreis Segeberg im Fokus. Es bestehe die große Gefahr, dass sich dies nicht nur auf den Kreis Stormarn beschränke, sondern sich ausweite. Davor hätten Tierhalter große Ängste. Er wiederholt den von ihm bereits gemachten Hinweis, dass im Kreis Stormarn die Weidehaltung auf dem Spiel stehe.

Der Vorsitzende hält es für wichtig, die politische Ebene in den Runden Tisch Tierschutz einzubinden. Dort müssten Ergebnisse so positioniert werden, dass sie durchstünden. Es könne nicht sein, dass der Runde Tisch Arbeitsergebnisse hervorbringe, die ignoriert würden.

Von Abgeordneter Redmann auf das Thema Flurbereinigung angesprochen, legt Herr Lucht dar, er halte die Gründung einer Flurbereinigungsgemeinschaft für sinnvoll, zu der alle Landeigentümer eingeladen würden, freiwillig Mitglied zu werden. Dann könne man entscheiden, welche Flächen topografisch zu vernässen seien und welche Flächen getauscht werden könnten. Er spreche auch die Stiftung Naturschutz an, zu überlegen, ob sich in deren Eigentum Flächen befänden, die getauscht werden könnten.

Abgeordnete Redmann bittet die Vertreter der Pferdezuchtverbände, kurz die von ihnen genannten Bedenken insbesondere hinsichtlich der Tierärztegebühren schriftlich darzulegen. – Frau Dr. Jensen sagt dies zu.

Auf eine Frage des Abgeordneten Kumbartzky hinsichtlich der Gänseschäden berichtet Herr Lucht von einer Besichtigung eines Betriebes auf Föhr. Dieser Rinderhalter brauche mindestens 30 Prozent mehr Fläche oder 50.000 bis 60.000 Euro, um seine Tiere mit Futter zu ver-

sorgen. In diesem Zusammenhang verweist er auf einen von Minister Schwarz im Hauptausschuss gemachten Vorschlag, die Nonnengänse in das Jagdrecht aufzunehmen. Er bittet darum, darüber nachzudenken.

Zum aufgelegten Entschädigungsprogramm sei Folgendes zu sagen: Bei dem Vertrag werde nur der Ernteausfall von Sommerungen entschädigt. Werde die Saat vorher aufgeessen, könne der Bauer keinen Antrag stellen. Darüber seien die Bauern enttäuscht. Zu bemängeln sei, dass die Gespräche zwischen Rundem Tisch Gänsemanagement, dem Bauernverband und Ministerium derzeit quasi nicht geführt würden.

Abgeordnete Kleinschmit merkt an, dass auch ihr immer wieder angetragen werde, dass es unterschiedliche Handhabungen und Auslegungen von Gesetzen und Verordnungen in den unterschiedlichen Kreisen gebe, und bittet darum, den Abgeordneten konkrete Fallbeispiele zukommen zu lassen.

Sie freut sich über die von Herrn Lucht dargestellte überwiegende positive Aufnahme der App.

Außerdem spricht sie die anstehende Zielvereinbarung mit der Landwirtschaftskammer an und bittet um weitere Informationen, um diese sachgerecht begleiten zu können.

Abgeordnete Backsen bezieht sich auf den angesprochenen Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft und bittet darum, keine Fronten beispielsweise zur Verwaltung aufzubauen. Ziel müsse es vielmehr sein, mehr junge Menschen für die Landwirtschaft zu begeistern. Sie bietet an, über die Gänseproblematik bilateral in ein Gespräch einzusteigen.

Außerdem bittet sie um weitere Informationen zum geplanten Bau des Milchviehstalls in Futterkamp. – In diesem Zusammenhang spricht Frau Volquardsen eine Einladung an den Ausschuss zum Besuch des Versuchsguts Futterkamp aus.

Abgeordnete Redmann unterstützt Aussagen der Abgeordneten Backsen und wünscht sich, bestimmte Themen ruhiger und miteinander zu diskutieren.

Sie teile die von den Verbänden gemachten Ausführungen zum Thema Borchert-Kommission. Diesbezüglich würden von ihrer Fraktion auf Bundesebene Gespräche geführt.

Sie meine, dass ein Austausch untereinander nicht immer auf Augenhöhe stattfinde und nicht immer respektvoll genug sei. Dazu gehöre beispielsweise auch eine Anerkennung durch Verbände, wenn sich Politiker für bestimmte Themen einsetzen.

Herr Lucht betont, er sei gesprächsbereit und lade gern Fraktionsvertreter zu Gesprächen ein.

Herr Hirschberg geht auf Äußerungen der Abgeordneten Backsen ein und legt dar, dass es durchaus Bereitschaft gebe, über das Thema Nationalpark Ostsee zu diskutieren. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass klare Gründe und Hintergründe genannt würden. Seine Äußerungen zu Arbeitskräftemangel sei nicht so gemeint gewesen, dass die Verwaltung der Landwirtschaft konkret Arbeitskräfte wegnehme. Zu beobachten sei allerdings ein radikaler Rückgang von Arbeitskräften in der Landwirtschaft.

Es sei gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Wertschöpfung zu erhalten. Ohne diese könnten weder Verwaltung noch Dienstleistungen bezahlt werden. Gesamtgesellschaftlich sei eine Aufgabenkritik erforderlich mit der Zielstellung, was man sich leisten könne und wolle und wo Schwerpunkte seien.

3. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Rickers, schließt die Sitzung um 15:05 Uhr.

gez. Heiner Rickers
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin